



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

12/2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Freude im Advent?

Beim menschenwürdigen Existenzminimum verbietet sich Polit-Pokerei von selbst



»Union und FDP pokern auf dem Rücken von 8 Millionen Hartz-IV-Betroffenen. Das ist ein übles Spiel«, kritisiert die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion und stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE Katja Kipping. »Erst ignoriert die christlich-liberale Koalition das Urteil des Verfassungsgerichtes und beschließt ein verfassungswidriges Gesetz. Nun wird dieses Gesetz, in dem das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum geregelt werden soll, zum Gegenstand eines zynischen Polit-Pokers.« Kipping weiter:

»Ministerin von der Leyen und Unions-

fraktionschef Kauder ergehen sich in ‚Good Cop, Bad Cop-Spielchen‘, SPD und Grüne streiten, wer als Erstes beim Hartz-Reform-Geschacher einknickt – die Hartz-IV-Parteien führen ein armseliges Schauspiel auf. Die Hartz-Reform darf nicht in einer Kungelrunde zwischen diesen Parteien hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden. Wir brauchen eine Schlichtung unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Arbeitslosenverbänden.

Fakt ist: Verhandlungen haben nur dann einen Sinn, wenn CDU/CSU und FDP auf den Boden des Grundgesetzes zurückkehren. Dieses Gesetz ist nicht zustimmungsfähig, solange es keine substanzielle Bewegung beim Regelsatz und keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Sonst ist eine erneute Verfassungsklage unausweichlich.« 05.12.2010

Liebe Leserinnen und Leser,

erneut wurde eine »Gesundheitsreform« im Deutschen Bundestag beschlossen. Da vermutlich nicht alle Bürger die Zeit haben werden, die fünf Drucksachen (17/3040, 17/3360, 17/3441, 17/3696 und 17/3697) komplett zu lesen, hier die Zusammenfassung der Nachrichtenagentur AFP (bisher nicht bekannt für linke Propaganda):

»Dem Gesetz zufolge steigt der einheitliche Beitragssatz von derzeit 14,9 auf 15,5 Prozent. Der Arbeitgeberanteil wird von sieben auf 7,3 Prozent erhöht und auf diesem Niveau festgeschrieben. Alle künftigen Kostensteigerungen sollen von den Versicherten durch Zusatzbeiträge finanziert werden. Diese können die Kassen künftig in unbegrenzter Höhe erheben. Geringverdiener erhalten einen Sozialausgleich. Zudem werden Ausgaben bei Ärzten, Krankenhäusern und Kassen begrenzt. Für das Gesetz stimmten 306 Abgeordnete von Union und FDP, es gab 253 Nein-Stimmen aus den Reihen von SPD, Grünen und LINKEN.«

Weiterer Erklärungen bedarf es m.E. nicht.

Thomas Nord, MdB

Erst die Bürger, dann das Geld



In der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres ging es inhaltlich noch einmal hoch her.

Der Bürgermeister benötigte 45 Minuten, um uns über die vielen Wohl- und Unwohltaten seiner Verwaltung zu informieren. Die SPD machte sich trotz heftigsten Zähneknirschens wieder mal zur Ersatz-CDU. Das diesmal zahlreich erschienene Publikum bekam einen durchaus nachhaltigen Eindruck von den unterschiedlichen Positionen der Fraktionen. ➤ S. 2

Spruch des Monats

»Außer schwarzen Schafen gibt's natürlich auch schwarze Schäfer.«

Anna Nym

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder neigt sich ein in vielerlei Hinsicht ereignisreiches Jahr seinem Ende entgegen. Wir wünschen Ihnen auf diesem Wege eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit. Kommen Sie gesund in das neue Jahr und bleiben Sie weiter neugierig auf unsere kleine Zeitung.



Ulrike Werschnick
Sprecherin
AG Malxeblatt

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender
der LINKEN in der SVV Forst

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende
der LINKEN in Forst

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen, liebe auf das Umleitungs-ende wartende MB-Leser, nachdem ich soeben mit meinem Wägelchen auf schneeglatten Straßen durch Forst geschlittert und nur mit viel Glück unbeschadet zu Hause angekommen bin, fällt mir die LR vom 11. November 2010 in die Hände und ich lese zähneknirschend die Schlagzeile: »Gut gerüstet für Eis und Schnee! – Kreisstraßenmeisterei ist bereit für den Winterdienstesinsatz«. Bevor ich ob solcher Unverschämtheit und eingedenk der Ereignisse des letzten Winters vor Wut platze, sage ich mir, Schorschel, bleibe ruhig. Die Leute ham ja recht, sie sind bereit, ständig bereit – und wann und wo, das ham se ja nich jeschrieben. Man muss eben vieles gelassener angehen und sollte aufhören zu träumen. Zum Beispiel davon, dass die Stadtverordneten, die für eine Kürzung des Essengeldzuschusses stimmten, sich so schämen, dass sie ab sofort ihre Diäten den Schulkindern für ein vernünftiges Mittagessen zur Verfügung stellen – ihr ach so klugen Leute, nennt mir einen Sachzwang, der es rechtfertigt, Kindern etwas wegzunehmen!! Für das Weihnachtsfest wünsche ich allen, auch den kommunalpolitisch unglücklich agierenden Forstern alles Gute. Singen wir doch gemeinsam das bekannte Weihnachtslied von Frank Schöbel: „Ich wünsche mir vom Weihnachtsmann ‚nen fertigen Kreisel fein, der Autofahrer glücklich macht, könnt's nicht bald Mai schon sein!« He, Du Weihnachtsmann, ich weiß, Du kriegst das hin ...! Tschüss,

Euer Schorschel

Erst die Bürger, ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Nach der Sitzung des Hauptausschusses verkündete die Lausitzer Rundschau, dass in dieser Sitzung in 58 Minuten 38 Tagesordnungspunkte abgearbeitet wurden und dies zeitlich gesehen ein neuer Rekord wäre. Nun gibt es keine Statistik darüber, aber wenn sich Ausschüsse in dieser Art und Weise der kommunalen Probleme entledigen, darf das nun wirklich nicht auch noch als Leistung gefeiert werden. Eines wurde dabei aber wieder deutlich, wenn DIE LINKE die inhaltliche Diskussion nicht voranbringt, findet sie gar nicht erst statt. In der Sitzung der SVV wurde dann, auf unseren Antrag hin, eine erste Lesung zum zukünftigen Schulkonzept durchgeführt. Im Januar soll dann entschieden werden, welche Grundschulen in Forst in

Diskussion zur Schulentwicklungsplanung

In unserer Mitgliederversammlung am 30.11. beschäftigten wir uns mit dem vorliegenden Schulentwicklungs-konzept. Dazu gab es einen regen Meinungs-austausch.

Die Diskussion wurde aus verschiedenen Blickwinkeln geführt. Die der Schulentwicklungsplanung zugrunde liegende Prognoserechnung zur Bevölkerungsentwicklung in Forst spricht eine klare und eigene Sprache.

Dass Forst zu den schrumpfenden Städten im Land Brandenburg gehört, wissen wir seit einigen Jahren. Sind im Jahr 2010 noch 20.358 Einwohnern registriert, so sollen es im Jahr 2030 nur noch 14.547 Einwohner sein. Eine ähnliche dramatische Entwicklung zeigen die Zahlen zu den in Forst lebenden schulpflichtigen Kindern. – In der Diskussion wurde deutlich, dass für eine Schulentwicklungsplanung ein Planungshorizont von 5 bis 10 Jahren überschaubarer und anhand der vorliegenden Zahlen belastbarer ist als ein Planungshorizont von 20 Jahren.

Wir waren uns auch einig, dass bei einer schrumpfenden Stadt die innerstädtischen Schulen gestärkt werden müssen. Diese Entscheidung ist eigentlich schon vor Jahren getroffen worden, als es um die Investitionen an den beiden Grundschulen Nord-Stadt und Mitte ging.

Auch die finanzielle Situation in der Stadt wurde thematisiert. Fragestellungen, wie man dem Allgemeinwohl aller Kinder in dieser Stadt gerecht werden kann, sowie Fragen zu den Kosten der Schülerbeförderung und den Kosten für das Essengeld wurden besprochen. Dazu gehört auch die Diskussion, ob eine kleine Schule zwangsläufig auch die qualitativ bessere ist.

Kinderarmut ist in Forst ein Thema. Auch aus diesem Blickwinkel wollen wir die Schulentwicklungsplanung betrachten. Die Diskussion diente der Meinungsbildung im Ortsverband DIE LINKE. Sie ist noch nicht abgeschlossen.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

den kommenden Jahren geschlossen werden sollen. Die Verwaltung hat dafür umfangreiches Material zur Verfügung gestellt. Die Fakten sind, soweit sie die kommenden acht bis zehn Jahre betreffen, sicher richtig dargestellt. Betrachtungen über diesen Zeitraum hinaus sind jedoch in erheblichem Maße Spekulation. Die Geburtszahlen in unserer Stadt lassen für die nächsten Jahre einen moderaten Rückgang der Einschulungen erwarten, ein radikaler Einbruch aber ist nicht zu erkennen. Die Verwaltungsführung allerdings plädiert für den radikalen Schritt. Sie will 2014 die Schule in Noßdorf und 2019 die Schule in Keune schließen. Ab dem kommenden Schuljahr sollen schon keine Erstklässler mehr in Noßdorf eingeschult werden. Dies ist nicht unser Weg. Wir wollen ein Schulkonzept, das für die nächsten zehn Jahre tragfähig ist, das aber auch die Interessen der Stadtteilbewohner, der Eltern und Schüler berücksichtigt. Die Schließung von zwei Schulen wird es mit unseren Stimmen nicht geben. Da wir in der SVV aber nur über acht von 29 Stimmen verfügen, können wir dies nicht allein durchsetzen. Wir sind zu jeder Zeit bereit, auch mit anderen Fraktionen nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, solange dabei unsere Grundsätze nicht über Bord geworfen werden sollen. Finanzielle Aspekte kann man in Zeiten leerer Kassen nicht einfach außer Betracht lassen, aber sie dürfen auf keinen Fall alleinige Entscheidungsgrundlage sein. Die jetzige Landesregierung hat sich Bildungsförderung als wesentliches Ziel in den Koalitionsvertrag geschrieben. Wir nehmen diesen Punkt sehr ernst.

Wenn es schon ums Geld geht, dann sind wir schnell beim Haushalt der Stadt. Dieser ist bekanntlich marode und Bes-

serung ist nicht in Sicht. Damit gespart wird, greift man den Bürgern schon vor Einbringung des Haushalts 2011 mit Einzelbeschlüssen erst mal schnell ins Portemonnaie. Der Grundsteuerhebesatz wurde auf 400 % angehoben. Das bedeutet im nächsten Jahr Mehrkosten für alle Besitzer von bebauten Grundstücken. Im Haushalt führt dies, bei 26 Millionen Euro Schulden, nur zu einer ganz kleinen Verbesserung. Die Bürger werden die nun inzwischen jährlich stattfindenden Erhöhungen allerdings merken. Wir haben dieser Vorlage nicht zugestimmt. Noch ärger wurde es beim Essengeldzuschuss für die Schüler der städtischen Schulen. Über viele Jahre war es in der SVV Konsens, diesen Zuschuss zu erhalten. Das Mittagessen in der Schule ist mindestens für unsere Fraktion eines der wenigen Güter, die wir unabhängig vom Geldbeutel der Eltern erhalten müssen. Unsere Fraktion beantragte deshalb eine Vertagung der Entscheidung, um innerhalb der Haushaltsberatungen nach einer vernünftigen Lösung zu suchen. Dies wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Ein weiterer Antrag der LINKEN, die Kürzung wenigsten zu halbieren, wurde ebenfalls abgelehnt. Nur der Vertreter der DSU stimmte für unsere Anträge. Am Ende beschlossen CDU, SPD und FDP (die Fraktion Für Forst war nicht anwesend) einmütig, die Anhebung der Elternbeiträge je Mahlzeit von bisher 1,43 € auf 2,00 €. Zusammengefasst bedeutet dies pro Kind eine Kostenerhöhung für die Eltern von bis zu 140 € im Jahr. Die SPD stimmte dem Verwaltungsvorschlag mit Zähneknirschen zu. Was an dieser Fraktion noch sozial ist, kann ich nicht mehr erklären. Ich hoffe nur, dass die Zahnschmerzen wenigstens lange anhalten.

Ingo Paeschke,
Fraktionsvorsitzender

Die Gutenberg-Oberschule – eine Schule für alle Kinder!

MB-Interview mit dem Leiter der Gutenberg-Oberschule Forst, Herrn Oberschulrektor Peter Bode

Herr Bode, kürzlich besuchte Bildungsminister Holger Rupprecht die Gutenberg-Oberschule und sprach unter anderem davon, dass diese Schule beispielhaft sei. Worin sehen Sie die Gründe für diese positive Wertung?

Die Gründe liegen in den schulischen Ergebnissen, die vorgestellt wurden, und in der Planung und Gestaltung der pädagogischen Arbeit an unserer Schule, wie z.B. in der schulischen Konzeption zur Berufsorientierung.

Was beinhaltet diese?

Sie erstreckt sich von Klasse 7 bis Klasse 10 und zieht sich wie ein roter Faden durch alle Jahrgangsstufen. Vom Einsatz eines Berufswahlpasses in Klasse 7 bis zum Praxislerntag in Klasse 10.

Praxislerntag – was ist darunter zu verstehen und wie wird er von den Schülern angenommen?

Alle Schüler der 10. Klasse sind im 1. Halbjahr jeweils montags in Unternehmen und Einrichtungen der Region tätig. Die Schüler reagieren sehr positiv darauf, es macht ihnen Freude und nicht wenige haben durch diesen Einsatz ihren späteren Ausbildungsbetrieb gefunden.

Gute Lernbedingungen führen zu guten Ergebnissen. Treffen diese Erfahrungen für unsere Oberschule zu?

Unbedingt! So liegen die Klassenstärken in den Klassenstufen 7 und 8 bei 17/18 Schülern pro Klasse, was einen sehr lernintensiven Unterricht zulässt und gleichzeitig die Förderung einzelner Schüler ermöglicht. In den 9. und 10. Klassen wurden drei Lerngruppen gebildet, deren Arbeit wesentlich zur Verbesserung der Lernergebnisse beitrug. Von unseren Absolventen erreichten 49 Schüler

den Real- bzw. Hauptschulabschluss, 17 Schüler davon sogar die Berechtigung zum Ablegen des Abiturs und nur ein Schüler verließ die Schule ohne Abschluss! Dies sind Ergebnisse, auf die wir, auch gemessen am Landesdurchschnitt, stolz sein können, auch wenn wir sie noch weiter verbessern wollen und werden.

Was gibt es noch über die Lern- und Arbeitsbedingungen an der Schule zu sagen?

Unsere Bedingungen haben sich in den letzten Jahren noch weiter verbessert, sodass sich unsere Schule mit jeder modernen Bildungseinrichtung messen kann. Wir verfügen über zwei moderne Computerkabinette, im Sportunterricht und für den Freizeitsport steht uns eine völlig neu gestaltete Turnhalle zur Verfügung und unsere Schulbibliothek bietet den kleinen und großen »Leseratten« interessante und abwechslungsreiche Lektüre an, um nur einige Beispiele zu nennen.

Welche Rolle spielen die Ganztagsangebote an der Schule?

Da unsere Schüler nicht nur vormittags oder während des regulären Unterrichts pädagogisch betreut werden, bieten wir ihnen an drei Tagen in der Woche (nämlich montags, dienstags und donnerstags) an, sich in ihren von ihnen zum Schuljahresbeginn gewählten Tätigkeitsbereichen zu beweisen und schöpferisch tätig zu werden. Der Mittwoch bleibt den allgemeinen AGs vorbehalten, wobei die Angebote vom Theaterstück über das Kochen und Backen und die Sport-AG bis zum Streitschlichten reichen. Selbstverständlich ist auch die Teilnahme an außerschulischen Arbeits-

gemeinschaften oder in Sport- und Kulturvereinen möglich. Zu erwähnen ist noch, dass an unserer Schule im Rahmen der ganztägigen Erziehungsarbeit ständig zwei Sozialarbeiter im Einsatz sind. Diese sind jederzeit Ansprechpartner für unsere Kinder und Jugendlichen, die mit all ihren Sorgen und Nöten bei ihnen immer ein offenes Ohr finden.

Besteht auch die Möglichkeit, in der Schule Mittagessen einzunehmen?

Selbstverständlich können alle Schüler, wenn Sie möchten, in der Mittagspause, die 45 Minuten dauert, in unserer Cafeteria eine warme Mahlzeit zu sich nehmen. Außerdem wird auch zu anderen Zeiten durch unsere Schülerfirma in der Cafeteria ein reichhaltiges Angebot bereitgestellt. Des Weiteren kümmert sich unsere Schülerfirma, die übrigens auch außerhalb unserer Schule sehr erfolgreich arbeitet, ebenso um die Organisation und Durchführung kultureller Veranstaltungen, angefangen vom Bereitstellen der Technik bis zum Catering und allem, was dazugehört.

Herr Bode, der Minister sagte unter anderem, er hätte keine Bedenken gehabt, seine eigenen Kinder an eine solche Schule zu schicken. Ich glaube, unsere Eltern aus Forst und Umgebung brauchen diese auch nicht zu haben, wenn es für die Schüler der jetzigen 6. Klassen gilt, die richtige Schule für den weiteren Bildungsweg zu finden. Wir wünschen Ihnen und Ihrem Team weiterhin eine solch erfolgreiche Arbeit und bedanken uns für das Gespräch.

Meine Lehrer und ich freuen uns auch auf viele neue Mitschüler. Für unser Gespräch bedanke ich mich ebenfalls.

Über einen von der Arbeitsgruppe Soziales entworfenen und von der Kreistagsfraktion der LINKEN überarbeiteten Antrag wurde im letzten Kreistag am 1. Dezember 2010 entschieden. Der Inhalt der Beschlussvorlage richtete sich gegen die gegenwärtige Praxis des Eigenbetriebes Grundsicherung für Arbeitssuchende, dass bei der Verhängung von Sanktionen gegenüber von Hartz-IV-Empfängern ein Verweis auf die Lebensmitteltafel erfolgt.

Ursprünglich sollte über diesen Antrag bereits in der Kreistagssitzung vom 15. September 2010 abgestimmt werden. Aber nach Fehlern der Verwaltung wurde der Antrag vom Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Diethelm Pagel, von der Tagesordnung genommen und neu eingebracht

Entscheidung über einen Antrag der Kreistagsfraktion der LINKEN

und sollte am 1. Dezember im Kreistag zur Abstimmung kommen.

Bevor es aber so weit war, wurde der Antrag im Gesundheits- und Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Werksausschuss des Eigenbetriebes »Grundsicherung für Arbeitssuchende« sowie im Kreisausschuss beraten. Als der Antrag im Gesundheits- und Sozialausschuss beraten wurde, waren nicht ausreichend Abgeordnete anwesend, sodass dieser Ausschuss nicht beschlussfähig war. Aber die vier anwesenden Abgeordneten sprachen sich für den Antrag aus. Demzufolge wurde eine Empfehlung, diesem Antrag zuzustimmen, ausgesprochen. Der Jugendhilfe-

ausschuss, der Werksausschuss des Eigenbetriebes »Grundsicherung für Arbeitssuchende« sowie der Kreisausschuss waren beschlussfähig. Hier wurde dem Antrag einstimmig zugestimmt. Am 1. Dezember 2010 hat nun der Kreistag abgestimmt. Hier wurde der Beschlussvorlage mehrheitlich zugestimmt. Für den Eigenbetrieb »Grundsicherung für Arbeitssuchende« bedeutet dieser Beschluss, seine Praxis im Umgang mit Sanktionen abzuändern und, statt auf die Lebensmitteltafel zu verweisen, Lebensmittelgutscheine auszugeben.

**Uwe Neuer
AG Soziales**

Newsletter

Bundeswehreinsatz im Inneren ist verboten

Unionspolitiker fordern angesichts der erklärten Terrorgefahr den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist aus historischen, rechtlichen und sachlichen Gründen verboten. Dabei muss es auch bleiben.

Dass Politiker der Unions-Parteien ihn dennoch fordern, spricht für ihr fragwürdiges Verhältnis zum Grundgesetz.

25.11.2010

Scheitern von Schwarz-Grün war vorhersehbar

Zum Ende der schwarz-grünen Koalition in Hamburg erklärt Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

»Schwarz-Grün ist gescheitert, wie es viele vorausgesagt haben. Das ändert nichts an den falschen Kompromissen,

die die Grünen zugunsten der Union gemacht haben. Hoffentlich lernen die Grünen ihre Unterwürfigkeit gegenüber der Union – wenn es gegen DIE LINKEN geht – im Bund zu überwinden.

Wir bereiten uns auf einen siebten Landtagswahlkampf im Jahr 2011 vor. Die gute Arbeit der Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft wird sich ebenso auswirken wie das aktuelle Agieren von Bundespartei und Bundestagsfraktion. Auch in Hamburg gibt es immer mehr Anhängerinnen und Anhänger für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie.« 28.11.2010

Alte Sicherheits-Hüte wieder im Angebot Angesichts der aktuellen Terrorwarnung häufen sich Vorschläge für neue Sicherheitsgesetze. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Wie auf Bestellung sind alle alten Sicherheits-Hüte wieder im Angebot: Die Bundeswehr möge im Innern agieren dürfen, die Geheimdienste sollen aufgerüstet werden, Telekommunikationsdaten müssten auf Vorrat gespeichert werden, und so weiter, und so fort.

Dabei scheren sich die Protagonisten keinen Deut darum, dass sie mit dem Grundgesetz über Kreuz liegen. Sie betreiben ein kalkuliertes Spiel mit der Angst. Sie attackieren Grundrechte, ohne Sicherheit zu schaffen.

23.11.2010

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
 Mo., 10.01., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
 Di., 11.01., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
 Di., 18.01., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
 Di., 25.01., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**



Frohe
Weihnachten

Geburtstage

06.01.: 78 Jahre Herbert Gottschalk
 12.01.: 86 Jahre Alfons Zwick

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Einigkeit

Wer früher in Rente geht, stirbt früher. Das belegen laut *Handelsblatt* gleich mehrere Studien. Die vermutlichen Auftraggeber sind die CDU, die FDP, das Finanzministerium, das Sozialministerium, die Rentenkassen ... **Frank B. Klinger**

Irritierende Aussage

Bundesinnenminister de Maizière betonte: Die Paketbombe an die Kanzlerin hätte »nicht unerheblichen Schaden anrichten können«. Zum Beispiel, wenn sie in die falschen Hände – also nicht die der Kanzlerin – geraten wäre. **MK**

Verlustig

Nachdem bekannt wurde, dass Roland Koch die Spitze beim Baukonzern Bilfinger Berger übernimmt, verlor die Bilfinger-Aktie mehr als 3,7 Prozent an Wert. Koch nahm diesen Misstrauensvorschuss nicht allzu ernst: »Ich komme schließlich aus der CDU – da kann ich über ein Minus von 3,7 Prozent nur lachen.« **MK**



Aus Eulenspiegel Nr. 12/10

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.